

Die Deindustrialisierung des Kantons Bern



Das Gebäude der ehemaligen Wifag in Bern
Quelle: Der Bund, 13.11.2015

Einleitung

Mit dieser Studie zum Thema „Deindustrialisierung“ will die Entente Bernoise den Kanton Bern und die Gemeinden auffordern ihre Standortattraktivität zu steigern, um der Industrieschrumpfung entgegenzuwirken. Nicht nur die SNB, sondern der Bund, die Kantone und die Gemeinden haben Handlungsspielräume die Standortkosten in der Schweiz zu senken. Die bisherige Diskussion, dass der Staat nichts gegen die Frankenstärke unternehmen kann, greift zu kurz. Die Entente Bernoise stellt drei Sorten von Massnahmen vor, die der Staat ergreifen kann. Um gegen den abrupten Frankenschock zu wirken, müssen zuerst kurzfristige Massnahmen ergriffen werden, die als Übergangsregelungen bzw. –Versuche gelten. Langfristig sollen die Rahmenbedingungen für produzierende Unternehmen dauerhaft verbessert werden. Die dritte Sorte gilt als psychologische Massnahme. Dabei soll der Kanton Bern die Interessen und Diskussionen aus

dem Industriesektor ernsthaft umsetzen. Das ledigliche „Gipfelitreffen“ aus der Vergangenheit, das von einem einstigen Volkswirtschaftsdirektor zu Gunsten der Profilierung von Regierungsratsmitgliedern initiiert wurde, greift definitiv zu wenig weit. Ein konstruktiver Dialog muss regelmässig zwischen der Privatwirtschaft, Politik und Verwaltung stattfinden.

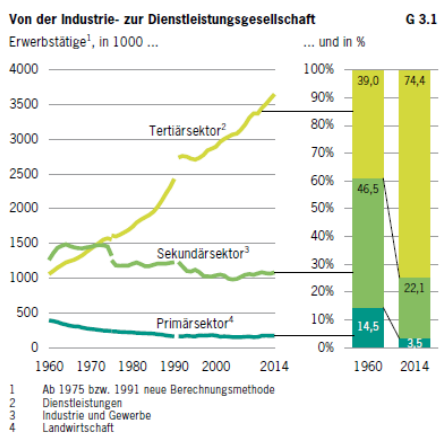
Die Entente Bernoise stellt in dieser Studie ihre konkreten Massnahmen vor, um den Wirtschaftsstandort Bern zu stärken.

Der ehemalige Industriestandort Wyleregg

Einst war der Industriestandort Wyleregg ein Wirtschaftsmotor im Kanton Bern. In diesem Fabrikareal der ehemaligen Wifag stellten die damaligen Fachkräfte Zeitungsmaschinen für die weltweiten Druckereien her. Bürgerinnen und Bürger hatten die Chance, ihr Brot in Wyleregg zu verdienen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter konnten in dieser Industrie ihr

Handwerk erlernen und somit einen Grundstein für den Wohlstand im Kanton Bern legen.

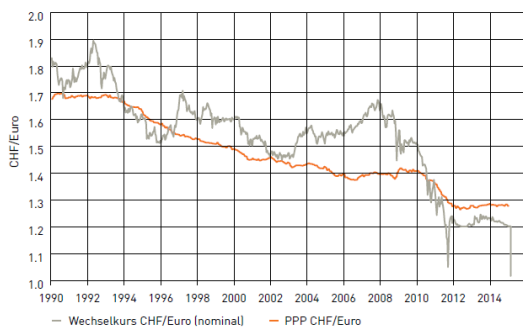
Von dieser Industrieglückseligkeit ist nur noch eine Ruine mit moderner Strassenkunst geblieben. Das Beispiel von Wyleregg ist repräsentativ für die Deindustrialisierung des Kantons Bern. Gemäss Bundesamt für Statistik betrug der Anteil der Erwerbstätigen im Jahr 1960 im zweiten Sektor noch 46.5%. Innerhalb von 54 Jahren hat sich diese Quote um mehr als halbiert und beträgt heute noch lediglich 22.1%. Im europäischen Vergleich beträgt der Industrieanteil in Deutschland 22.7%. In Frankreich und im Vereinigten Königreich liegt die Quote noch bei 10%.



Grafik 1: Beschäftigungsstruktur der Schweiz (Bundesamt für Statistik, Februar 2015)

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses kommt der Sekundärsektor weiter unter Druck. Die von der SNB gewährte Verschonungspause von weniger als vier Jahren wurde Mitte Januar 2015 abrupt beendet. Exportprodukte und -Dienstleistungen aus der Schweiz haben sich zwischen 10 und 20% verteuert. Zusätzlich zu berücksichtigen ist auch die Entwicklung des CHF/EUR Kurses seit 2008. Innerhalb von drei Jahren hat sich ein Euro von CHF 1.65 auf praktisch CHF 1.00 entwertet.

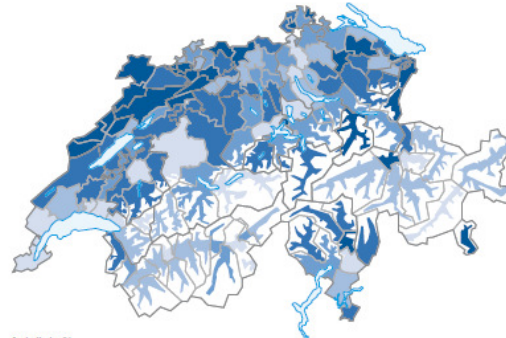
Entwicklung Wechselkurs und Kaufkraftparität*
 Franken ist aktuell mehr als 20 Prozent überbewertet



Grafik 2: Wechselkursentwicklung CHF/Euro (economicsuisse, Februar 2015)

Regionale Unterschiede

Der Bund hat seit der Aufhebung des Mindestkurses nichts getan. Für das SECO scheint die Industrie gleichgültig zu sein, weil die Statistik über die gesamte Schweiz keine Gefahr ausweist.



Grafik 3: Beschäftigte im 2. Wirtschaftssektor VZÄ (Bundesamt für Statistik, Februar 2015)

Die Kantone Bern, Neuenburg, Jura, St. Gallen und Thurgau haben einen hohen Anteil von Beschäftigten im zweiten Sektor. Einzelne Regionen wie der Oberaargau weisen sogar einen Anteil von 33.9% aus. Wären diese Regionen vollständig deindustrialisiert, hätten die Kantone mit Massenarbeitslosigkeit und – Armut zu kämpfen.

Von der Deindustrialisierung sind Kantone mit einer robusten Finanzwirtschaft wenig betroffen. Der einseitige Fokus auf den Finanzsektor würde jedoch die Wohlstandskonzentration nach Genf und Zürich verschieben. Diese Entwicklung hätte weitreichende Folgen auf den Finanzausgleich zwischen den Geber- und Nehmerkantonen. Es stellt sich die rhetorische Frage, ob eine Grossbank bereit wäre, den Hauptsitz nach Huttwil zu verlagern, um die strukturschwachen Regionen zu unterstützen.

Volkswirtschaftlicher Kollateralschaden

Wie erwähnt liegt die Beschäftigungsquote im zweiten Sektor bei 22.1%. Die derzeitige Tendenz geht in die Richtung der Industrieschrumpfung. Dieser sinkende Anteil von Erwerbstätigen in der Industrie wird als Gefahr für eine diversifizierte Volkswirtschaft betrachtet. Setzt sich die Deindustrialisierung fort, werden unzählige Handwerker und technische Spezialisten ihre Stellen verlieren, die ausserhalb des Gesundheitswesens und der intellektuellen Arbeit tätig sind. Das über Jahrhundert aufgebaute Know-how in der Technologie wird obsolet. Diese qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden entweder vom

Ausland abgeworben oder müssen umgeschult werden. Zusätzlich verlieren die technischen Fachhochschulen und die ETH ihre Existenzlegitimation. Wozu soll die Schweiz noch technische Arbeitskräfte und Akademiker ausbilden, wenn diese keine Perspektiven in der Schweiz haben bzw. danach ins Ausland gehen?

Deregulierung statt Deindustrialisierung

Was können Kantone und Gemeinden kurzfristig für den Standort Schweiz tun? Um die Flexibilität der Unternehmen sicherstellen zu können, sollen einfache Umnutzungen von Gebäuden möglich sein ohne dass die strikte Zonenbestimmungen diese einschränkt. Die Firmen können dadurch schnell auf abrupte Unter- bzw. Überkapazitäten reagieren. Ein Verzicht auf die Revision der Zonenplanung für die Industrie erleichtert die Planungssicherheit für die Unternehmungen.

Die Vorschriften über Kurzarbeit müssen grosszügiger ausgelegt werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden von dieser Massnahme profitieren und Massenentlastungen können verhindert werden. Die juristischen Auslegungen über die Schichtarbeit sollen vom beco grosszügiger gehandhabt werden.

Die Sanierungsfristen für die ökologischen Massnahmen sollen aufgeschoben werden, denn die Industrieunternehmen müssen in dieser schwierigen Zeit zuerst um das Überleben kämpfen. Ohne diese Aufschiebung werden keine Firmen mehr existieren, die sich um die Umwelt kümmern.

Die Liquidität der Industrieunternehmen soll durch den Verzicht von Ersatzabgaben, z. B. für Parkplätze, oder Kapitalsteuern während einer limitierten Periode gewährleistet sein. Vermeidbare Liquiditätsabflüsse sichern das Überleben der Unternehmen, denn die Liquidität ist für eine Firma die Luft zum Atmen.

Die Bestimmungen über die Reduktion des Pendlerabzugs sollten ausgesetzt werden, da die Firmen Arbeitszeiterhöhungen oder Lohnkürzungen vorgenommen haben.

Der Bund sollte sich einen ernsthaften Abbau in der Bürokratie ins Auge fassen. Zukünftig müssen interkantonale Wirtschaftsorganisationen auf der Bundesebene mehr Gewicht haben als das SECO.

Service Public statt Terror Public

Entscheidet sich eine Industrie für die Internationalisierung, wird diese mit dem Bürokratienschwungel konfrontiert. Von den Zollpapieren bis zu den unzähligen Gebühren hat ein Unternehmen neben den operativen Tätigkeiten zu bewältigen. Zusätzlich hat der Grossrat

im Kanton Bern während der Novembersession 2014 den Messebonus abgeschafft. Eine Investition, die der Exportindustrie und schlussendlich dem Wohlstand im Kanton Bern zugute käme, wurde aus dem Budget entfernt. In der jetzigen Krisensituation brauchen Industrieunternehmen vor allem bürokratische Entlastungen. Aus diesem Grund sollen alle Bürokratiearbeiten, die mit dem Export zusammenhängen, langfristig an die Handelskammer, die Wirtschaftsförderung oder die Verwaltung übertragen werden können. Zusätzlich sollten exportorientierte Instrumente wie der Messebonus wieder im Kanton Bern eingeführt werden.

Investitionen statt Nichtstun

Die momentane Zinslage erlaubt dem Kanton Bern günstig zu investieren. Dabei sollen die Infrastrukturen erneuert und ausgebaut werden. Zusätzlich soll ein kantonaler Staatsfonds gegründet werden, der sich an den geschwächten Industrien beteiligt. Diese Massnahme wirkt gegen die derzeitigen Unterkapazitäten in den KMU-Industrien. Strategisch wichtige Unternehmen, welche das Potenzial haben Arbeitsplätze zu generieren bzw. zu sichern, sollen vom Staatsfonds gestärkt werden. Die Regionen Oberaargau, Emmental und Berner Jura sollen mit Verbindungs-, Wirtschafts- und Zubringerstrassen stärker miteinander vernetzt werden. Die Verkehrsverbindungen zwischen Bern und Luzern müssen optimiert und ausgebaut werden. Zusätzlich soll ein Scheiteltunnel beim Brünig entstehen. All diese Infrastrukturmassnahmen werden den Wirtschaftsstandort Bern stärken. Diese Investitionen sind essentiell, damit der Kanton Bern gestärkt aus der Krise kommen wird. Die Kantone Genf und Waadt haben bspw. einen Staatsfonds errichtet, der die gefährdeten KMU-Expoteure mit zinslosen Darlehen unterstützen soll.

Unternehmerisches Denken in der Politik – Gestalten statt Verwalten

Die Kantone und Gemeinden haben die Möglichkeit die Firmen bei der Suche nach Krediten, bspw. über eine Bürgschaftsorganisation und unter zur Verfügungsstellung eines kantonal eigenen Bürgschaftsfonds, zu unterstützen. Ein weiteres Instrument, das die Gemeinden aufbauen sollen, ist eine KMU Plattform. Diese soll den Industrieunternehmen ermöglichen, Unter- bzw. Überkapazitäten zu melden, damit die Allokation von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften zwischen den KMUs optimiert werden kann. Gemeindepräsidenten

und Gemeinderäte müssen einen Dialog mit den entsprechenden Industrieunternehmen finden. Der iterative Austausch zwischen der Privatwirtschaft, Politik und Verwaltung soll die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren fördern. Diese psychologischen Massnahmen sollen den Industrieunternehmern zeigen, dass sie nicht alleine in der Krise stehen. Es braucht ein generelles Umdenken von staatlicher Seite. Statt immer wieder neue Gebühren und Steuern zu erfinden, um den Staatshaushalt zu füllen und gleichzeitig die Privatwirtschaft zu belasten, braucht der Kanton Bern unternehmerische Persönlichkeiten in der Politik und den Verwaltungen. Denn wenn die Unternehmen ihre Produktionen einmal ausgelagert haben, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass der Wirtschaftsstandort Bern in der Zukunft wieder in Frage kommt. Melden Firmen aufgrund des Frankenschocks und der vermeidbaren Bürokratien Insolvenz an, verliert ein Kanton oder eine Gemeinde substantielle Faktoren für den langfristigen Wohlstand.

Schlussfolgerung

Die Entente Bernoise fordert die Kantone Bern, Neuenburg, Jura, St. Gallen und Thurgau auf, die Rahmenbedingungen für die Industrieunternehmen selber zu erleichtern und diesen eine zweite Verschnaufpause zu ermöglichen. Der Sinn dieser ganzen Massnahmen ist, dass jede Kostenreduktion für ein Produktionsunternehmen die Chance erhöht, am Standort Bern zu bleiben. Diejenigen Firmen, welche sich bereits für eine Auslagerung der Arbeitsplätze entschieden haben, werden keinen Anreiz haben, ihren Standort in der Schweiz zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzubauen. Jeder Arbeitsplatz, der ein Jahr länger in der Schweiz bleibt, ist ein Gewinn für den Standort.

Die Bilanz Der Entente Bernoise

- *Der starke Franken beschleunigt die Deindustrialisierung in der Schweiz.*
- *Die Industrieunternehmen verlagern ihre Produktionsstätte ins Ausland.*
- *Strukturschwache Regionen sind am meisten gefährdet.*
- *Gut qualifizierte Handwerker und Fachspezialisten verlieren ihre Stellen.*

- *Ein einseitiger Fokus auf Finanzdienstleistungen schützt eine Volkswirtschaft nicht vor Massenarbeitslosigkeit und –Armut*
- *Technische Fachhochschulen und die ETH verlieren ihre Bedeutung als Ausbildungsstätte, wenn die Deindustrialisierung fortschreitet.*
- *Gleichzeitig werden die Firmen auch weiterhin mit der komplexen Bürokratie konfrontiert.*
- *Für den Bund und das SECO scheint die Industrie gleichgültig.*
- *Kantone und Gemeinden können auch selber handeln.*

Die Entente Bernoise fordert die Kantone und Gemeinden auf bspw. folgende provisorische Massnahmen zu ergreifen:

- *Einfache Umnutzung von Gebäuden.*
- *Verzicht oder Aufschub von Ersatzabgaben z. B. für Parkplätze.*
- *Verzicht auf Kapitalsteuer für Industrien während einer limitierten Periode.*
- *Grosszügige Auslegung der Vorschriften über Kurzarbeit.*
- *Ausdehnung von Sanierungsfristen für Massnahmen im Umweltbereich.*
- *Aufbau eines Service publics im Exportbereich.*
- *Unterstützung der Unternehmen bei der Suche nach Krediten, z. B. über Bürgschaftsorganisationen oder kantonaler Bürgschaftsfonds.*
- *Gründung eines kantonalen Staatsfonds, der sich an den geschwächten Industrien beteiligt.*
- *Aufbau einer KMU-Plattform, um Unter- bzw. Überkapazitäten zu melden.*
- *Regelmässiger Dialog zwischen Politikern und Industrie.*
- *Ernsthafter Abbau von Bürokratie im Umgang mit Firmen.*

09/2015